

Die digitale Verwundbarkeit

VON MAXIMILIAN PLÜCK

Die nordrhein-westfälischen Landesbehörden sind im vergangenen Jahr millionenfach von Hackern angegriffen worden. Sicherheitsexperten warnen davor, dass die Behörden immer stärker in den Fokus der Kriminellen geraten. Beispiele dafür gibt es zu Genüge: Weil der Dienstleister Südwestfalen IT Opfer eines erpresserischen Verschlüsselungsangriffs wurde, ging in den Amtsstuben zahlreicher Kommunen wochenlang gar nichts mehr. Die Folgen sind bis heute spürbar, die Aufräumarbeiten dürften noch Monate dauern. Die Folgen solcher Attacken können aber noch viel dramatischer sein: Der Angriff auf die Server der Universitätsklinik Düsseldorf kostete ein Menschenleben. Wegen der Computerprobleme im Jahr 2020 musste ein Rettungswagen mit einer Patientin nach Wuppertal umgeleitet werden. Die Frau überlebte nicht. Teilweise gehen Kliniken deshalb dazu über, die Behandlungsakten vorsorglich wieder auszudrucken.

Ein Stopp der Digitalisierung wäre aber der falsche Weg. Das Land müsste sie angesichts der Tatsache, dass eine Pensionierungs- und Verrentungswelle heranrollt, während die Rufe nach Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung eindringlicher werden, sogar noch viel konsequenter vorantreiben. Weil dadurch die Zahl der Einfallstore für die Angreifer steigt, muss die Sicherheit konsequent mitgedacht werden. Neben verpflichtenden Schulungen für Mitarbeiter heißt dies auch, dringend die Strafverfolgungsbehörden mit den nötigen finanziellen und personellen Ressourcen auszustatten. Zugleich müssen IT-Strukturen zentraler organisiert werden. So segensreich Föderalismus und kommunale Selbstverwaltung an vielen Stellen sein mögen, so hinderlich sind sie bei der Abwehr von Cyberattacken. Nicht jede Gemeinde hat die personellen und finanziellen Ressourcen, um eine schlagkräftige Abwehr selbst auf die Beine zu stellen.

Ein Tabubruch - und ein Signal

VON CHRISTINE LONGIN

Emmanuel Macron ist für die große Geste bekannt. Doch was er am Montagabend zum Ende des Ukraine-Unterstützertreffens in Paris sagte, kommt einem Tabubruch gleich: Der französische Präsident schloss den Einsatz von Bodentruppen nicht aus, um der Ukraine im Krieg gegen Russland zu helfen. Das Risiko einer Eskalation des Konflikts mit Moskau nimmt er damit in Kauf. Im Gegensatz zu Bundeskanzler Olaf Scholz, dem Gedankenanker aus Berlin, wirkt Macron wie der kühne Retter Kiew. Während Scholz der Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern erneut eine Absage erteilte, kündigte Macron eine Koalition für Marschflugkörper und Bomben mittlerer und langer Reichweite an. Deutlicher konnte er die deutsch-französische Uneinigkeit nicht zur Schau stellen.

Die vollmundigen Ankündigungen des französischen Präsidenten müssen allerdings kritisch hinterfragt werden. Frankreich liegt nämlich in der Rangliste der Militärlieferanten für die angegriffene Ukraine nur auf dem 16. Platz. Deutschland ist hier das führende europäische Land. Und die von der Ukraine so sehr erhofften Mirage-2000-Kampfflugzeuge sagte Macron auch am Montag nicht zu. Was eine mögliche Entsendung von Bodentruppen in die Ukraine angeht, ist aus Regierungskreisen eher von Ausbildern oder von Spezialtruppen die Rede. Die französische Armee ist ohnehin nicht in der Lage, in einem hoch intensiven Krieg einen Frontabschnitt von mehr als 80 Kilometer Länge zu verteidigen. Und die Rüstungsindustrie ist der Aufforderung des Präsidenten bisher nicht gefolgt, endlich auf „Kriegswirtschaft“ umzuschalten.

Dennoch sendet Frankreichs Staatspräsident zwei Jahre nach dem russischen Überfall auf die Ukraine ein starkes Signal an den Kremlherrscher Wladimir Putin: Er will alles tun, damit Russland nicht gewinnt – notfalls auch mit Bodentruppen.



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

ANALYSE Zum Ende der Berlinale wurden antisemitische Hassreden auf offener Bühne gehalten. Der Saal applaudierte, auch Kulturstaatsministerin Claudia Roth distanzierte sich nicht. Wie ist das mit der Zivilcourage? Eine Spurensuche.

Der Mut zum Gegenhalten

VON LOTHAR SCHRÖDER

Am Ende standen alle, applaudierten dem, der erklärt hatte, warum ihm das Erinnern an die Schoah eine Pflichtübung sei und als „Moralkeule Auschwitz“ über ihm schwebte. 1998 in der Frankfurter Paulskirche: Martin Walser bekam den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels und verursachte mit seiner Rede keinen Eklat. Zumindest nicht beim Festakt. Fotos zeigen den geschmeichelten Autor im Kreis der Applaudierenden, unter ihnen Bundespräsident Roman Herzog.

Es dauerte dann ein paar Schreckstunden, bis man sich des Skandals vollumfänglich bewusst wurde und erste Worte fand – und sogar einige Wochen bis zur Erkenntnis, dass Antisemitismus keine Sache nur des rechten Pöbels auf der Straße ist, sondern offenbar auch in Kreisen der Intellektuellen kursierte. Vor diesem Hintergrund ist das, was sich am Wochenende auf der Abschlussgala der Berlinale abspielte, eine erschreckende Wiederholung: Auf großer Bühne konnten antisemitische Hassreden gehalten werden, blieben unkommentiert und fanden einhellig Beifall. Unter den Applausenden war diesmal kein Bundespräsident, wohl aber Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Grüne). Diesmal dauerte es bis zur ersten Klarstellung zwei Schrecktage, um den „tiefgehenden Israelhass“ mancher Reden öffentlich zu geißeln.

Traf der offene Antisemitismus zum Abschluss der Berlinale die Anwesenden vielleicht überraschend? Wohl kaum, das Filmfestival ist mit seiner politischen Ausrichtung notorisch anfällig für extreme bis inakzeptable Statements. Zudem hätte man sich fragen können, wozu es auf der Berlinale überhaupt ein „Awareness“-Team gibt. Die Aufgabe der „ausgebildeten Antidiskriminierungsberater“ besteht darin,

jegliche Unterdrückung zu verhindern: aufgrund von Geschlecht, Ethnie, Geschlechtsidentität, sozioökonomischer Klasse, Kaste, Behinderung oder Alter. Außerdem akzeptiert die Berlinale keinen Sexismus, Rassismus, keine Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie beziehungsweise -feindlichkeit, Faschismus und Altersdiskriminierung. Antisemitismus steht auch auf dem Arbeitszettel.

Claudia Roth ist keine unbedarfte Gala-Besucherin. Sie ist als Politikerin ein Kommunikationsprofi und so weit wie möglich vorbereitet auf heikle Punkte. Diese waren auf der Berlinale erwartbar. Warum aber dann kein Einspruch? Warum sogar der Applaus? Mangelte es allen Anwesenden an Zivilcourage? Ein

„Wer seine Werte nicht integriert hat, dem fällt es schwer, aufzustehen“

Beate West-Leuer
Psychoanalytikerin

solches Verhalten wäre aus Sicht der Evolution verständlich: Der Mensch als Herdentier hat einen angeborenen Drang nach Konformität. Wer daraus ausbricht und seine Meinung kundtut, muss seine Instinkte überwinden. Muss also aufstehen und gegenhalten, wenn alle sitzen und klatschen. Muss eine Gala stören, wenn alle auf Festlichkeit eingestimmt sind.

Das Verharren aber sei ein typisches Großgruppenphänomen mit einem hohen Maß an Verführung, Menschen erst einmal zuzustimmen, die sich auf der Bühne Deutungsmacht aneignen, so Beate West-Leuer, stellvertretende Vorsitzende der Düsseldorfer Akademie für Psychoanalyse und Psychosomatik. Wer seine Werte nicht völlig integriert habe, dem falle es schwer, in einer solchen Situation aufzustehen und zu sagen: „So geht es nicht!“ Politiker aber hätten das kraft ihrer Rolle machen müssen, sagt sie. Jeder im Publikum hätte dies tun können, „bei Politikern aber muss man davon ausgehen, dass genau dies in ihre Rolle und Überzeugung integriert ist“.

Diese Reflexe aber blieben in Berlin aus. Warum, ist eine Frage, die jeder Anwesende sich individuell stellen muss.

INFO

Die Berlinale - von 1951 bis heute

Anfänge Als die ersten Internationalen Filmfestspiele 1951 eröffnet wurden, erzählte man die Welt noch in Schwarz-weiß-Fotos, und Berlin lag teilweise in Kriegstrümmern. Das Festival sollte etwas Glanz zurückbringen. Berlin war damals in Sektoren aufgeteilt, und die Filmfestspiele sollten auch dem Osten zeigen, was im Westen möglich war – ein „Schaufenster“ der westlichen Welt, wie es damals in Berichten hieß. Erst nach und nach wurden die Filmfestspiele zur Plattform, auf der sich auch Ost und West annäherten.

Person Alfred Bauer war der erste Leiter der Berlinale. Er führte die Filmfestspiele von 1951 bis 1976. Nach seinem Tod wurde eine Auszeichnung nach ihm benannt. Die „Zeit“ berichtete 2020, Bauer habe während der NS-Zeit für die Reichsfilmintendanz gearbeitet und seine Rolle später verschwiegen. Die Festivalleitung entschied daraufhin, den Preis umzubenennen. Sie gab auch eine Studie in Auftrag.

Aktuell 2024 fand die 74. Berlinale statt. Den Goldenen Bären erhielt der Dokumentarfilm „Dahomey“, in dem es um die Rückgabe von Raubkunst an Benin in Westafrika geht. (afp/dpa)



Der Auftritt zum Ende der Berlinale am Samstag. FOTO: IMAGO

Doch haben sich Sozialpsychologen über Zivilcourage und die Ursache ihres Ausbleibens Gedanken gemacht. Wer couragiert handelt, wird von Wertüberzeugungen geleitet, die er höher einschätzt als mögliche Nachteile, die durch sein Handeln entstehen könnten. Zivilcourage spielt sich meist in der Öffentlichkeit ab, auch deshalb sind viele Engagements dieser Art von demokratisch-zivilgesellschaftlichen Grundwerten geleitet. Ein anderer, extrem starker Handlungstreiber sind Emotionen: Wer sich ärgert, ist viel stärker dazu bereit, einen Normverstoß zu begehen.

Tatsächlich bekommen wir das auch in die Wiege gelegt. Weil Mut oft von jenen Werten abhängt, die einem in der Kindheit mitgegeben wurden. Wer früh gelernt hat oder dazu angehalten wurde, stets die Wahrheit zu sagen (auch die unbequeme), ist später eher bereit, sie in größeren Kontexten zu beherzigen.

Zivilcourage hängt mit der Erkenntnis zusammen, dass das, was man tut und sagt, richtig, notwendig, alternativlos ist. Mit anderen Worten hat das der damalige Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, zum 60. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz gesagt: „Das Böse braucht das Schweigen der Mehrheit.“ Wahrscheinlich hätte Claudia Roth gar nicht dazwischenrufen oder die Bühne betreten müssen. Hätte sie den Saal noch während der Auftritte mit solidarischen Palästinaerstützern und der Hassreden einfach verlassen, wäre auch dies als Zeichen zurückgeblieben: als Ausdruck auch ihrer politischen Verantwortung.

Auf keinem Foto ist nach Walsers Rede jener Mann zu sehen, der an diesem bedenkenswerten Sonntag aus eigener Betroffenheit heraus Zivilcourage zeigte, der sitzen blieb, als Einziger. Das war in seiner tiefen Erschütterung Ignatz Bubis, dessen Familie von den Nazis ermordet wurde und der selbst das Konzentrationslager überlebte. Nun saß er in der Paulskirche in sich gekauert, still im Tosen des Beifalls und verdeckt von all den Stehenden ringsum.

WISSENSDRANG

Eine Meldung der „Financial Times“ schreckte vor einigen Wochen die Medien auf: Bei jungen Wählern zeigt sich seit 2017, als die „Me Too“-Bewegung Fahrt nahm, weltweit erstmals ein deutlicher Geschlechterunterschied in der politischen Orientierung. Junge Frauen tendieren eher nach links, junge Männer nach rechts. In Deutschland gilt nicht der weibliche Linksdraht als erklärungsbedürftig, sondern der männliche Rechtsdraht. Man erkennt darin fortschreitenden moralischen Verfall, den man sich nur mit der Angst vor dem Statusverlust erklären kann. Ein deutscher Demokratieforscher erinnert sorgenvoll an Yoda: „Angst ist der Weg zur dunklen Seite.“ Aber sind wirklich die jungen Männer das Problem oder nicht vielmehr die

Frauen links, Männer rechts

So zeigt es eine neue Studie. Na und? Dahinter stehen fundamentale Interessen.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

jenigen, die sich nichtlinke Meinungen nur mit psychischen und moralischen Defiziten erklären können? Der demokratische Meinungsbildungsprozess benötigt progressive und konservative Stimmen. Ich möchte eine ganz banale Erklärung anbieten: Menschen haben schon immer das gewählt, was ihre Interessen am besten fördert. Die Frauenförderprogramme, die vor allem von den linken Parteien vorangetrieben wurden, und die „Me Too“-Bewegung haben die Gesellschaft vor allem für Frauen verbessert. Sie haben mehr Möglichkeiten, beruflich aufzusteigen, während es für männliche Vorgesetzte viel schwieriger ist, Abhängigkeitsverhältnisse sexuell auszunutzen. Das begrüßen auch die meisten Männer, vor allem die jungen. „Me

Too“ hat jedoch unvermeidlich auch Anreize für falsche oder übertriebene Anschuldigungen geschaffen, von denen Männer viel häufiger betroffen sind als Frauen. Auch durch ehrgeizige Gleichstellungsprogramme (nicht zu verwechseln mit Chancengleichheit), die in manchen Kontexten wichtig sein können, werden Männer zwangsläufig benachteiligt. Und sofern Männer nicht altruistischer sind als Frauen, ergeben sich daraus vollkommen rationale Gründe, Parteien mit einer schwächeren Frauenförderpolitik zu wählen.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Pflanzenbiologin Petra Bauer und der Biochemikerin Birgit Strodel ab.